V-12 Queere Sicherheit stärken

Gremium:	Dachstruktur QueerGrün (BAG feministische Queer- und Lesbenpolitik sowie BAG Schwulenpolitik)
Beschlussdatum:	04.10.2026
Tagesordnungspunkt:	V TOP 10 - Verschiedenes (1/2)

Antragstext

Die Sicherheitslage für queere Menschen, Einrichtungen und Organisationen in Deutschland wird immer gefährlicher. Immer häufiger erleben queere Menschen steigende Queerfeindlichkeit in Form von Beleidigungen, Hass und körperlichen Übergriffen. Laut dem Bundesministerium für Inneres nahm die Zahl der queerfeindlichen Straftaten 2025 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 15 Prozent auf 3.364. Seit 2020 haben sie sich mehr als vervierfacht. Hinzu kommt ein Dunkelfeld von schätzungsweise 80 bis 90 Prozent. Deutlich zugenommen haben auch die Angriffe auf CSDs: So dokumentierte der Sicherheitsreport der Amadeu-Antonio Stiftung im Jahr 2025 bei fast der Hälfte aller bundesweiten CSDs rechtsextrem motivierte Störaktionen und Gegendemonstrationen. Regionale Untersuchungen, z.B. der Agentur für Aufklärung und Demokratie über Prides in Sachsen, dokumentierten körperliche Übergriffe durch rechte Gegenmobilisierungen bei 12 von 17 CSD-Demonstrationen. Auch queere Einrichtungen werden immer häufiger Zielscheibe von Angriffen: Allein in Berlin zählte die Fachopferstelle MANEO 58 solcher Fälle.
Am 25. Juli 2026 zeigte sich dieses Gewaltpotenzial in seiner schlimmsten Form, als auf dem CSD Berlin ein islamistischer Terroranschlag verübt wurde, bei dem eine Frau starb und 31 Personen verletzt wurden. Dieser Tag markiert eine Zäsur für die queeren Communities. Ein Tag, an dem Menschen für Vielfalt, Selbstbestimmung und queere Sichtbarkeit auf die Straße gingen und queeres Leben feierten, endete in tödlicher queerfeindlicher Gewalt.
In den Tagen danach wurden Sicherheit und Konsequenzen versprochen, die die Situation für queere Menschen verbessern sollten. Stattdessen folgte aber ein öffentlicher Diskurs, der die queeren Ziele und Opfer dieses Anschlags ausblendete. Das Leid queerer Menschen und echte Maßnahmen zu ihrer Sicherheit hatten für viele keine Priorität. Anstatt Stimmen aus den Communities sichtbar zu machen und uns zuzuhören, wurde der Anschlag instrumentalisiert: für mehr Überwachung, populistische Forderungen und rassistische Hetze. Das ist keine Politik der Sicherheit. Sie verschiebt nur die Gewalt.

Auch unser Gedenken wurde zum Ziel weiteren Hasses: Die Regenbogenbank sowie der neu gepflanzte Baum - Orte zum Gedenken an die Opfer des Anschlages - wurden zerstört und mussten mit mehr Schutzmaßnahmen erneut aufgebaut werden.
Wir sagen klar: Der Anschlag auf den CSD Berlin war kein Angriff "auf uns alle", sondern ein expliziter Angriff auf die queeren Communities! Es sollten gezielt Teilnehmende des CSDs und ein Safe Space für queere Vielfalt angegriffen werden.
Diese erschreckende Spitze der zunehmenden Queerfeindlichkeit macht auf drastische Weise deutlich, dass es jetzt eine entschlossene, solidarische Politik braucht, die queere Sicherheit und Freiheit wirksam, dauerhaft und strukturell stärkt!
Dafür braucht es vor allem konsequentes politisches Handeln! Dieses muss auf den Forderungen der queeren Communities basieren und nicht als Instrument genutzt

werden, um Überwachung, Misstrauen und rechtsextreme Positionen zu rechtfertigen. Zudem muss eine politische Reaktion auf steigende Queerfeindlichkeit immer intersektional gedacht sein und berücksichtigen, dass LGBTQIA+-Personen verschiedene Diskriminierungsformen erleben, die über die Identifikation als queer hinausgehen, etwa Migrations-, oder Rassismuserfahrungen, antisemitische oder Sinti-& romafeindliche Zuschreibungen, chronische Erkrankungen, Behinderungen oder ökonomischer Status. Genauso müssen wir bei den rassifiziertem Tätern nicht nur über Herkunft und Religion reden, sondern viel stärker auch über Männlichkeit, Klasse und darüber, was es mit Menschen macht, in einer Gesellschaft aufzuwachsen, die einem immer wieder deutlich zeigt, dass man nicht dazu gehört.
Als Dachstruktur QueerGrün fordern wir:
1. Umsetzung und Fortführung des Aktionsplans "Queer leben": 14 Arbeitsgruppen haben umfangreiche Empfehlungen erarbeitet, unter anderem um mehr Sicherheit für queere Menschen zu gewährleisten. Diese Empfehlungen müssen jetzt zurück auf die politische Agenda gesetzt und konkret umgesetzt werden. Der Aktionsplan muss fortgesetzt und weiterentwickelt werden, um der Zunahme queerfeindlicher Hetze und Gewalt entgegenzutreten und queeres Leben in all seinen Facetten zu fördern.
2. Eine langfristige, auch finanzielle, Förderung queerer Schutzräume: Aus den queeren Communities heraus existiert ein breites Angebot an Beratungs-, Aufklärungs- und Vernetzungsstrukturen, um Betroffene queerfeindlicher Gewalt zu unterstützen. Diese müssen in ihrer Arbeit und ihrem Fortbestehen geschützt werden! Das schließt Beratungs- und Empowermentstrukturen wie das Jugendnetzwerk Lambda, Aufklärungsprojekte, sowie queere Freizeit- und Kulturangebote, die wichtige Safe Spaces darstellen, ein. Wir stellen uns gegen die Kürzungspolitik der Bundesregierung, die wichtigen Projekten, Initiativen und CSDs die Gelder streicht und fordern den Erhalt bestehender Strukturen sowie die Förderung neuer Projekte, gerade für queere Menschen im ländlichen Raum. Die Bundesländer und Kommunen fordern wir auf, die zunehmende Verdrängung von Orten queeren Lebens wirksam zu bekämpfen. Das Programm "Demokratie leben!" darf nicht weiter gekürzt, sondern muss ausgebaut werden.
3. Queere Rechte ins Grundgesetz: Wir fordern die explizite Ergänzung von Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes um die sexuelle und geschlechtliche Identität. Noch immer sind queere Menschen die einzige vom Nationalsozialismus systematisch verfolgte Gruppe, die nicht explizit durch die Verfassung geschützt ist. Das muss sich endlich ändern!
4. Bildung und Prävention: Wir fordern eine Festlegung in Bildungsplänen, dass in Schulen eine Aufklärung über queere Lebensrealitäten erfolgt. Queere Schüler*innen sollen sich im Bildungssystem sicher fühlen und ohne Angst ihre Identität finden können. Programme der Extremismusprävention müssen ausgebaut und vor allem queerfeindliche Ideologien in den Blick nehmen. Projekte der queeren Bildung sowie queere Jugendeinrichtungen müssen in allen Bundesländern und Kommunen gefördert werden und für alle Kinder und Jugendlichen bundesweit zugänglich sein.
5. Bundesweite Strategie zur Pride-Sicherheit: Wir setzen uns ein für die Erarbeitung, Durchführung und Evaluation einer bundesweiten Strategie für die Sicherheit von LGBTQIA+ insbesondere während der Pride-Saison. CSDs sind als politische Demonstration Ausdruck des Kampfes um queere Gleichberechtigung und Selbstbestimmung. Sie fungieren gleichzeitig als wichtige Safe Spaces, gerade für queere Menschen, die im Alltag sonst nicht offen und sichtbar queer leben können. Diese Räume müssen sicher sein und dürfen nicht zunehmender Bedrohung

ausgesetzt sein.
6. Klare Benennung der Gefahren: Die Bedrohungen für queeres Leben in Deutschland sind vielfältig und reichen von rechtsextremen Mobilisierungen über christlich-fundamentalistische Gruppen bis hin zu islamistischen Bedrohungen. Wir sagen ganz klar, dass Queerfeindlichkeit immer entschieden bekämpft werden muss, egal welche Motivation dahinter steckt.Wir müssen religiösen und politischen Extremismus und Queerfeindlichkeit klar benennen, ohne Muslim*innen damit gleichzusetzen, nach den Bedingung solcher Taten fragen, ohne sie zu entschuldigen. Gleichzeitig ist auch klar, dass die größte Bedrohung für queeres Leben in Deutschland vom Rechtsextremismus ausgeht. Der Umstand, dass eine rechtsextreme und offen queerfeindliche Partei droht, in mehreren Bundesländern und perspektivisch auch auf Bundesebene Regierungsverantwortung zu übernehmen, erhöht diese Gefahr nochmals deutlich.
7. Sicherheit für alle: Wir setzen uns dafür ein, dass queere Sicherheit nicht auf dem Rücken anderer marginalisierter Gruppen erkämpft wird. Wir stellen uns gegen die Instrumentalisierung von Queerfeindlichkeit und dem Anschlag auf den CSD Berlin durch eine rassistische, menschenfeindliche Politik, die sich gegen migrantisierte Menschen richtet. Wir stehen an der Seite aller queeren Communities und insbesondere auch der migrantisierten queeren Communities, die multipler Diskriminierung ausgesetzt sind.

Quellen:
Bundesministerium für Inneres (2026),Bundesweite Fallzahlen 2025 Politisch motivierte Kriminalität
Link:
https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/--
BMI26013-factsheet2025.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (abgerufen am 21.09.26)
Amadeu Antonio Stiftung (2025), Angriffe auf CSDs erreichen 2025 Rekordniveau.
Link: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/angriffe-auf-csds-erreichen-2025-rekordniveau-151491/ (abgerufen am 18.09.26)
Agentur für Aufklärung und Demokratie (2026), Sichtbarkeit und Sicherheit. Die Auswirkungen rechter Gegenmobilisierungen auf Pride-Teilnehmende in Sachsen.

Einfache Sprache

In Deutschland wird es für queere Menschen, Einrichtungen und Organisationen immer gefährlicher. Sie werden häufiger beleidigt, bedroht oder angegriffen. Und Expert*innen gehen davon aus, dass die meisten Fälle nicht gemeldet werden. Diese Gefahr zeigt sich auch bei queeren Protesten, den Christopher Street Days. Letztes Jahr ist fast die Hälfte aller Christopher Street Days in Deutschland durch Rechtsextremist*innen gestört worden. Am 25. Juli 2026 ist ein sehr schlimmes Ereignis passiert: auf dem Christopher Street Day in Berlin ist eine Person gezielt in die Menschenmenge gefahren und hat diese dann noch angegriffen. Dabei ist eine Frau gestorben. 31 Menschen sind verletzt worden. Ein Tag, an dem Menschen Vielfalt feiern wollten, endetet in Gewalt.

Danach wurden Versprechen gemacht: Die Sicherheit für queere Menschen sollte besser werden. Doch das ist nicht passiert. Statt den Personen zuzuhören, wurde der Anschlag für rechte Forderungen nach mehr Überwachung und für rassistische

Hetze genutzt. Das ist keine gute Politik. Sie löst das Problem nicht. Sie verschiebt nur die Gewalt.

Auch unser Gedenken wurde angegriffen: Eine Bank in den Farben des Regenbogenfarbens und ein Baum für die Opfer wurden wiederholt zerstört.

Wir sagen klar: Der Anschlag war kein Angriff "auf alle". Er war ein gezielter Angriff auf queere Menschen. Deshalb brauchen wir jetzt eine starke Politik. Diese Politik muss queere Sicherheit und Freiheit wirksam, dauerhaft und grundlegend stärken. Dabei muss die Sicht der Betroffenen berücksichtigt werden.

Es darf nicht genutzt werden, um mehr Überwachung zu rechtfertigen und rechtstextreme Positionen zu stärken.

Eine politische Reaktion auf diese Handlung muss auch alle Diskriminerungen beachten. Dazu zählt zum Beispiel Rassismus, Antisemitismus, Behindertenfeindlichkeit und Armut. Bei den Tätern müssen wir nicht nur über Herkunft und Religion sprechen. Wir müssen auch über Männlichkeit, Klasse und Ausgrenzung sprechen.

Wir fordern:

1. Aktionsplan "Queer leben" umsetzen und weiterführen: Viele Arbeitsgruppen haben Empfehlungen erarbeitet. Diese sollen mehr Sicherheit für queere Menschen bringen. Sie müssen jetzt umgesetzt werden

2. Queere Schutzräume langfristig fördern: Es gibt viele Beratungs-, Aufklärungs-, und Vernetzungsangebote für queere Menschen. Diese müssen geschützt und finanziert werden. Wir sind gegen die Kürzungen der Bundesregierung. Auch müssen neue Projekte gefördert werden, besonders im ländlichen Raum. Das Programm "Demokratie leben!" darf nicht gekürzt werden. Es muss eher ausgebaut werden.

3. Queere Rechte ins Grundgesetz aufnehmen: Im Grundgesetz Artikel 3 Absatz 3 soll die sexuelle und geschlichte Identität ergänzt werden. Queere Menschen waren im Nationalsozialismus systematischverfolgt. Sie sind aber die einzige Gruppe, die nicht im Grundgesetz geschützt ist. Das muss sich endlich ändern!

4. Bildung und Prävention: In Schulen muss es Aufklärung über queeres Leben geben. Queere Schüler*innen sollen sich sicher fühlen und ohne Angst ihre Identiät finden. Programme gegen Extremismus müssen ausgebaut werden. Sie müssen sich besonders gegen queerfeindliche Menschenbilder richten. Projekte für queere Bildung und queere Jugendeinrichtungen müssen in allen Bundesländern gefördert werden. Sie müssen für alle Kinder und Jugendlichen zugäng sein.

5. Bundesweite Strategie für die Sicherheit queerer Veranstaltungen: Wir benötigen eine bundesweite Strategie für die Sicherheit von queeren Menschen. Christopher Street Days sind mehr als politische Demonstrationen: sie sind auch wichtige sichere Räume für queere Menschen. Deswegen muss dort die Sicherheit gewährleistet sein.

6. Gefahren klar benennen: Die Bedrohungen für queere Menschen in Deutschland sind vielfältig. Sie kommen von verschiedenen Gruppen. Queerfeindlichkeit muss immer bekämpft werden, egal woher sie kommt. Wir müssen auch die Ursachen solcher Taten untersuchen, ohne sie zu entschuldigen. Gleichzeitig ist uns

bewusst: die größte Bedrohung kommt vom Rechtsextremismus. Die Gefahr nimmt weiter zu. Auch durch die Machtzunahme der AfD.

7. Sicherheit für alle: Queere Sicherheit darf nicht auf Kosten anderer benachteiligter Gruppen gehen. Wir sind gegen eine Instrumentalisierung von Queerfeindlichkeit. WIr stehen an der Seite aller queeren Menschen. Das schließt auch migrantisierte queere Menschen mit ein.